

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 49 (1955)
Heft: 9

Artikel: Die Notlage der öffentlichen Schulen Amerikas
Autor: Furrer, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

erregt zu protestieren und in den Saal hineinzurufen: «Wer ist denn überhaupt Kramer, daß er wagt, sich hier zum Richter über die sozialdemokratischen Parteien aufzuwerfen und sie des Verrats zu bezichtigen?» (Ich hatte mich in der Tat auf Professor Cole berufen, der, wie oben erwähnt, von einer «unheilvollen Politik» der sozialdemokratischen Parteien gesprochen hat, die «bis zum Verrat» gehe*.

Es ist klar, daß wir so nicht weiterkommen. Nicht als *religiöse* Sozialisten, aber auch nicht als Sozialisten ganz allgemein. Den andern menschlich achten, auch wenn man seine Überzeugungen durchaus ablehnt, und auf sein Anliegen, hinter dem viel ernstes Ringen steht, ebenso ernst eintreten — das ist doch eigentlich erste Voraussetzung alles Wahrheitskampfes. Was für Folgerungen aus der Frankfurter Diskussion (oder Nichtdiskussion) die Organisationen des religiösen Sozialismus ziehen wollen, muß hier unerörtert bleiben. Was aber den «weltlichen» Sozialismus betrifft, so muß man schon fragen: Wenn das am grünen Holz des *religiösen* Sozialismus geschieht, was soll am dürren des Vulgarsozialismus werden? Ich weiß, welche lebendige, zukunftsreiche Kräfte auch in den sozialdemokratischen Parteien noch wirken. Ich weiß aber auch, wie schwer, wie fast hoffnungslos schwer es ist, diesen Kräften gegenüber dem satten Ungeist und der festgefahrenen Apparatur der Gesamtorganisationen zum Durchbruch zu verhelfen. Andere mögen optimistischer sein; *meine* jahrzehntelangen Erfahrungen und Beobachtungen am offiziellen Sozialdemokratismus sind derart, daß ich wenig Hoffnung auf eine Erneuerung seines Wesens ohne vorgängige heftigste Erschütterungen habe.

16. September.

Hugo Kramer

Die Notlage der öffentlichen Schulen Amerikas

Ein Artikel im «*Christian Century*» (Das christliche Jahrhundert), der Wochenzeitschrift aller christlichen Denominationen (9. März 1955) bestätigt, was in zum Teil sensationeller Aufmachung seinen Weg in die USA-Presse und in die europäischen Zeitungen gefunden

* Es trifft sich gut, daß in einem späteren, wegen Krankheit des Verfassers schriftlich erstatteten Referat ein Wort von Pfarrer K. Strijd angeführt wurde: «Leider hat sich so mancher religiöse Sozialismus an die bestehenden sozialistischen Parteien ketten lassen. Diese Bindung lähmt jeden Willen zu einem rettenden und stimulierenden Radikalismus. Diese Bindung, die den schönen Namen ‚Solidarität‘ trägt, bedeutet im Grunde Kapitulation vor der Bürgerlichkeit, Verrat an demjenigen, was wesentlich für einen wirklich religiösen Sozialismus ist und sein sollte.» Das Zitat wurde an der Konferenz zwar nicht verlesen; aber vielleicht hat der Präsident die Äußerung seines Landsmannes im Manuskript doch gelesen. Wird er wohl auch ausrufen: «Wer ist überhaupt dieser Strijd, daß er es wagt» und so weiter ... ?

hat. Das amerikanische Erziehungswesen macht gegenwärtig eine Krise durch, die auch in der zurückhaltenden Darstellung des «Christian Century» schwer genug erscheint, um uns aufhorchen zu lassen.

Gründe, die zu der nun schon lange dauernden Vernachlässigung des amerikanischen Schulwesens führten, die auch das «Christian Century» nicht ansteht, einen nationalen Skandal zu nennen, liegen auf vielen Gebieten. Einmal ist darauf hinzuweisen, daß das Erziehungswesen die Aufgabe der 48 Staaten ist, von denen, wie in der Schweiz, einzelne reich oder besonders fortschrittlich, andere wirtschaftlich schwach sind. Allerdings gibt die Bundesregierung wiederum, wie in der Schweiz, namhafte Zuschüsse an die Schulausgaben der Staaten. Nach welchem Schlüssel sie ausgerichtet werden, ist uns nicht bekannt. Aber selbst unter Anrechnung dieser Zuschüsse gibt ein Südstaat mit einer starken farbigen Bevölkerung, wie Mississippi, pro Schüler 83 Dollar (für Negerkinder viel weniger) im Jahr aus, während Neuyork 328 Dollar aufwendet. Die Vernachlässigung des Schulwesens ist aber, wie schon erwähnt, nicht eine Erscheinung erst der letzten Zeit. «Christian Century» glaubt, sie mache sich seit 25 Jahren fühlbar. Nun waren die dreißiger Jahre in Amerika eine Zeit schlimmster Depression, da bis zu 16 Millionen Arbeitslose gezählt wurden. Die Schulverhältnisse wurden aber kaum besser in der darauffolgenden und bis in die Gegenwart reichenden Periode, in der die Wirtschaft auf Hochtouren lief. Unser Gewährsblatt sieht denn auch eine Hauptursache der heutigen Notlage weniger in den wirtschaftlichen Verhältnissen als in einer anti-intellektuellen, bildungsfeindlichen Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit, zu der auch die kirchlichen Kreise beigetragen haben. Wie weit dieser von «Christian Century» festgestellte Anti-intellektualismus Ursache, wie weit er eine Folge des amerikanischen Schulbetriebes ist, wird schwer festzustellen sein. Tatsache ist, daß seit 1950, um nur die neuesten Angaben zu erwähnen, die Zahl der ausgebildeten Lehrer um 26 Prozent abgenommen hat, während die Volksschulen 24 Prozent und die Mittelschulen 10 Prozent mehr Schüler auszubilden haben. Dazu trug sicher auch die schlechte Entlohnung des Lehrers bei, die bis in die neueste Zeit weit unter derjenigen eines qualifizierten Arbeiters lag. Doch war dies nicht der alleinige Grund. Um das «Christian Century» zu zitieren: «Obschon die Besoldungsansätze gehoben worden sind, sind sie noch immer nicht hoch genug, um der Bedeutung des Berufes zu entsprechen. Doch der Hauptgrund (für den Mangel an Lehrern. D. Ü.) liegt darin, daß die Abneigung der Lehrtätigkeit gegenüber allgemein so groß ist, daß die meisten jungen Leute lieber einen anderen Beruf ergreifen, selbst wenn sie sich als Lehrer finanziell ebenso gut stellen würden.» Man darf auch nicht vergessen, daß der Volksschulunterricht in den USA fast ganz in den Händen von Frauen liegt und daß eine Reihe von Faktoren – die starke Zunahme des Rauschgiftgenusses unter den Jugendlichen der

Städte, das rapide Ansteigen der Jugendkriminalität, die Verheerungen der Television — dazu beitragen, den Beruf für Frauen wenig anziehend zu machen. Wer übrigens mit amerikanischen Verhältnissen bekannt ist, weiß, daß auch die Lehrerin in einer Kleinstadt oder auf dem Dorf nicht zu beneiden ist. Trotzdem sie auf dem Papier volle Bürgerrechte genießt, ist sie oft einer so engherzigen und ins kleinste gehenden Kritik ausgesetzt, wie sie sich ihre schweizerische Kollegin kaum gefallen ließe. Die McCarthy-Atmosphäre in Amerika, die nun, wie es scheint, etwas nachgelassen hat, tat natürlich mit ihrer Loyalitätsschnüf-felei ein übriges, die Stellung des Lehrpersonals zu erschweren. Was immer dazu beigetragen haben mag, so besteht heute, laut dem amerikanischen Verband für Erziehung (National Education Association) ein Manko von über 200 000 Erziehern auf der Volks- und Mittel-schulstufe.

Wie in der Schweiz, sind seit dem Zweiten Weltkrieg auch in den USA die Geburtenziffern stark gestiegen. Die Jahre 1953 bis 1954 wiesen Geburtenzahlen von je über vier Millionen auf. Während heute über 31 Millionen Kinder und Jugendliche die Schulen besuchen, rechnet man für 1956 mit einer Schulbevölkerung von 48 Millionen. Um aber bei der Gegenwart zu bleiben, so fehlen heute schon 370 000 Schulräume oder Klassenzimmer, so daß 1954 nahezu eine Million Kinder in Kirchenräumen, Baracken, Garagen den Unterricht in zwei oder drei Schichten besuchen mußten, was kaum eine wohltätige Wirkung auf Lehrer und Schüler haben dürfte. Die nächsten zehn Jahre erfordern die Bereitstellung von 970 000 Klassenzimmern im Betrage von 32 Milliarden Dollar, auch wenn nur das heutige, nach maßgeblicher Meinung ungenügende Niveau der Schulbildung erhalten werden soll. Im Vergleich damit beträgt das Budget für den Straßenausbau in derselben Zeit 101 Milliarden Dollar und der Aufwand für geistige Getränke etwa 90 Milliarden Dollar. Es ist schon so, wie das «Christian Century» sagt: «Man muß sich fragen, was für die Nation wichtiger ist, ein ins Maßlose gesteigertes Verkehrsvolumen und ein Alkoholkonsum, der die Unfallzahlen entsprechend erhöht — oder aber bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die amerikanische Jugend. Auch für die schwarzen Mitbürger.»

Der Entscheid des Obersten Gerichtshofes, der verlangt, daß weiße und nichtweiße Kinder von jetzt an die selben Schulen besuchen sollen, hat natürlich für die armen Südstaaten mit einer starken Negerbevölkerung schwere Folgen. Der Widerstand gegen diese Neuerung, soweit er nicht allein rassistisch bedingt ist, kann nur mit gewaltigen finanziellen Aufwendungen der Bundesregierung überwunden werden.

Ob das Problem, seiner ganzen Bedeutung entsprechend, in den USA erkannt wird, ist aus dem Artikel des «Christian Century» nicht so recht ersichtlich. Pläne Eisenhowers sollen dahin gehen, mit Bundesmitteln im Umfange von etwas über einer Milliarde Dollars die Unter-

nehmungslust der Staaten anzuregen. Der Präsident hofft, wie es heißt, daß die Staaten und Gemeinden weitere sieben Milliarden Dollar aufbringen werden, um in den nächsten drei Jahren wenigstens den Bau von 200 000 Klassenzimmern zu sichern. Vorgesehen sind Anleihen an Finanzierungsinstitute in den einzelnen Staaten, die die Schulen bauen und sie dann an die Gemeinden verpachten würden. Der Plan wurde im Detail von der Bundeserziehungs- und -wohlfahrtsministerin, Mrs. Oveta Culp Hobby, in Verbindung mit Newyorker Banken ausgearbeitet und erfährt schon jetzt durch den amerikanischen Verband für Erziehung scharfe Kritik.

Wie die Dinge in Amerika liegen, ist es nicht zu vermeiden, daß dieses Problem die politische Maschinerie durchlaufen muß. Das «Christian Century» ist darüber nicht unglücklich, weil es darin wenigstens eine Garantie dafür sieht, daß die heutige Kalamität der ganzen Nation zum Bewußtsein gebracht und sie an ihre Pflicht der jungen Generation gegenüber erinnert werde. Über das Resultat der öffentlichen Erörterung ist «Christian Century» noch recht im Ungewissen. Die Gefahr, daß über dem parteipolitischen Kampf die dringend notwendigen Maßnahmen verschleppt werden, besteht durchaus. Nicht zu vergessen ist, daß die katholische Kirche mit allen Mitteln darauf ausgeht, sich einen Anteil der Bundesbeiträge für ihre konfessionellen Schulen zu sichern, obschon sie verfassungsmäßig kein Recht darauf hat. Sie besitzt jedoch, was mehr bedeutet, die rührigste «Lobby» oder Interessenvertretung und wird im Kongreß und außerhalb die ihr zur Verfügung stehenden Druckmittel glänzend ausnützen.

Der Artikel des «Christian Century» schließt mit der Mahnung an seine Kirchen und kirchlichen Kreise, ihren Beitrag an die öffentliche Erörterung der Erziehungsfragen zu leisten. «Jene Leute, die sich immer über die hohen Steuerlasten beklagen, und denen die Schulen im besonderen als Angriffsziel dienen, sollten beschämt eingestehen, daß Geld am allerbesten in der Erziehung der Jungen angelegt ist. Trotz allen anderen Gefahren und Problemen unserer Zeit sollten die Kirchen dazu helfen, daß die Nation wieder vorausschauen lernt und mindestens die nächsten zehn, zwanzig Jahre ins Auge zu fassen imstande ist. Denken wir an unsere Kinder und Kindeskinde statt über unsere Bürde zu klagen. Mögen die Kirchen bereuen, was sie selbst zur allgemeinen anti-geistigen Stimmung unserer Zeit beigetragen haben, an jene Einstellung, die das Ziel der Erziehung selbst in Frage stellt. Mögen sie von neuem ihrem Glauben Ausdruck geben, daß Gottes Dienst die Entwicklung aller Fähigkeiten im Menschen verlangt. Wenn wir unsere Schulen im Stiche lassen, begehen wir Verrat an der Zukunft und werden untreu gegenüber dem Wertvollsten unserer Geschichte.»

Paul Furrer